

Langzeitarbeitslose werden im Stich gelassen

Absage an öffentlich geförderte Beschäftigung ist Absage an Perspektiven

Nach der Veröffentlichung der Erwerbslosenzahlen für November hatte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, erklärt: „Ein leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit im November ist normal. Sorgen muss aber die Tatsache, dass die Langzeitarbeitslosen seit Monaten im Stich gelassen – ihre Zahl verharrt bei mehr als 35 Prozent.“

Die Abgeordnete spricht von einer Problemverdrängung sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundesebene, wo der Koalitionsvertrag „eine glasklare Absage an jede Form öffentlich geförderter Beschäftigung und damit an die Zukunftsperspektiven langzeitarbeitsloser Menschen ist“.

Das dort formulierte Ziel der direkten Vermittlung in den so genannten ersten Arbeitsmarkt sei gerade für die Menschen, die schon seit Jahren erwerbslos sind, weitestgehend illusorisch. „Es muss Beschäftigungsfähigkeit entwickelt werden, indem gemeinwohlorientierte Arbeit ohne massiven Leistungsdruck sowie sinnvolle Qualifizierung angeboten wird. Dass die SPD ihr Projekt eines sozialen Arbeitsmarktes so leichtfertig aufgegeben hat, ist ein völlig falsches Signal“, kritisiert die Arbeitsmarktpolitikerin. Sie verweist auch auf die Forderung des Geschäftsführers der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit nach einem Anschlussprogramm für die Bürgerarbeit. Im Koalitionsvertrag sei davon jedoch nichts zu finden.

„Im Laufe des nächsten Jahres werden knapp 2.000 Menschen allein in Thüringen nach der Erfahrung sinnvoller und gesellschaftlich notwendiger Arbeit wieder in Hartz IV zurückfallen. Nichts anderes bedeutet die bundespolitische Absage an die Fortsetzung der Bürgerarbeit. Statt dieses insgesamt erfolgreiche Projekt fortzusetzen,

wird nun ein neues ESF-Programm geplant, welches offensichtlich auch in keinerlei Abstimmung zu den Landesprogrammen steht. Es steht also zu befürchten, dass sinnvolle Maßnahmen beendet werden, um das Rad dann wieder neu zu erfinden. Ein solcher Auftakt verspricht nichts Gutes für die Zukunft der Erwerbslosen, erzeugt von Perspektivlosigkeit“, befürchtet Ina Leukefeld.

fene zu Recht darauf verweisen, dass eine dreijährige Dauerüberlassung nicht mehr dem Status vorübergehend gerecht wird. „Hier hätte das BAG eine wichtige Grenze einziehen und der Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses entgegenwirken können. Es kann nicht sein, dass prekäre und schlechter bezahlte Jobs geschaffen werden und so das unternehmerische Risiko einseitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt wird. Auch wenn das BAG

hier keine Stellung bezogen hat: Nach unserer Ansicht handelt es sich um einen eindeutigen Rechtsbruch“, so die Abgeordnete.

Wichtig ist, dass das BAG herausstellte, dass sein rein formales Urteil auf die mangelnde Ausgestaltung des Arbeitnehmerschutzes durch den bundesdeutschen Gesetzgeber zurückgeht. Dies sei im Rahmen der entsprechenden EU-Richtlinie jedoch eindeutig vorgesehen. „Es ist mehr als ein Wink mit dem Zaunpfahl, wenn das BAG auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes verweist. Es wird endlich Zeit, dass die Bundesregierung der unseligen Praxis der Dauerabschüttelung ein Ende bereitet. Die LINKE fordert schon lange eine entschlossene Begrenzung der Leiharbeit als ersten Schritt. Sinnvoll wäre, einen gesetzlichen Automatismus festzuschreiben, der aus Leiharbeitsplätzen Festanstellungen werden lässt – natürlich unter Beachtung des Prinzips: Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit!“, forderte die Abgeordnete.

Thomas Völker

Nun endgültig „gläserne Bürger“?

In einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rechtsvereinfachung im SGB II“ werden u.a. weitere Durchleuchtungsmechanismen im Rahmen der Datenabgleiche diskutiert. Ina Leukefeld hat sich dazu mit einer Anfrage an den Thüringer Datenschutzbeauftragten gewandt: „Auch Bezieher von Sozialleistungen sind Bürger. Auch sie besitzen unveräußerliche Rechte und auch sie haben ein Recht darauf, dass ihre Daten angemessen geschützt werden.“ Die Bundesagentur für Arbeit fordert u.a. Kontrollrechte in Bezug auf die Deutsche Rentenversicherung, die Grundbuchämter, den Internethandel und die private Versicherungswirtschaft. Die Informationen sollen für alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft erhoben werden.

Ohrfeige für die Bundespolitik

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Erfurt zur Frage einer „vorübergehenden“ Arbeitnehmerüberlassung „bleibt hinter den Erwartungen zurück“, sagte Ina Leukefeld. Das BAG habe am 10. Dezember lediglich formaljuristisch entschieden. Das Urteil bleibt eine Ohrfeige für die Bundespolitik, denn das Gericht betonte, dass der Gesetzgeber endlich die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen muss. In dem Prozess ging es um einen Leiharbeiter, der mehr als drei Jahre als IT-Spezialist an einen kommunalen Arbeitgeber ausgeliehen wurde. Aus Sicht der LINKEN kann der Betrof-

men der entsprechenden EU-Richtlinie jedoch eindeutig vorgesehen. „Es ist mehr als ein Wink mit dem Zaunpfahl, wenn das BAG auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes verweist. Es wird endlich Zeit, dass die Bundesregierung der unseligen Praxis der Dauerabschüttelung ein Ende bereitet. Die LINKE fordert schon lange eine entschlossene Begrenzung der Leiharbeit als ersten Schritt. Sinnvoll wäre, einen gesetzlichen Automatismus festzuschreiben, der aus Leiharbeitsplätzen Festanstellungen werden lässt – natürlich unter Beachtung des Prinzips: Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit!“, forderte die Abgeordnete.

Thomas Völker

VON A BIS Z:

Armutsentwicklung

Anlässlich der am 26. November veröffentlichten Zahlen des Datenreports 2013, u.a. zur Armutsentwicklung in Deutschland, erklärte Matthias Bärwolff, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen es: Das so genannte Jobwunder der vergangenen Jahre ist mit prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen erkaufte. Das ist die wahre Auswirkung des 2005 eingeführten Hartz IV-Systems: Arbeit um jeden Preis mit einer immer stärkeren Zersplitterung des Arbeitsmarktes.“

Der Datenreport 2013 zeigt eindrücklich, dass der Anteil armutsgefährdeter Menschen von 2007 bis 2011 um fast ein Prozent auf inzwischen 16,1 Prozent gestiegen ist. Besonders betroffen sind Frauen, Ältere, aber auch jüngere Menschen und Hartz IV-Empfänger.

„Der Kahlschlag am deutschen Sozialsystem, unter Rot-Grün begonnen und bis Schwarz-Gelb fortgesetzt, hat den einstigen Sozialstaat ausgehöhlt. Angesichts des deutlichen Wirtschaftswachstums ist es im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft, wenn die Umverteilung von unten nach oben nicht endlich umgekehrt wird“, betonte der Abgeordnete. Leider habe sich die SPD von diesem Ziel schon vor den Koalitionsverhandlungen im Bund verabschiedet, „indem sie bedingungslos auf Steuererhöhungen für Besserverdienende und Reiche verzichtet hat“, kommentierte der LINKE Sozialpolitiker die Vorgänge in Berlin. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Nachdem jetzt der Thüringer Landtag noch einmal in der Zeit vom 18. bis 20. Dezember getagt hat, sind zu Beginn des neuen Jahres Plenarsitzungen vom 23. bis 25. Januar anberaumt.

Vorankündigung für nächste Demokratie-Tagung:

Die nächste Demokratie-Tagung der Landtagsfraktionen der LINKEN, der SPD und Grünen zusammen mit dem „Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen“ findet am 4. März von 14 bis 19 Uhr im Landtag statt. Thema: „Stell Dir vor, es ist Wahl und niemand geht hin!? – Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen“.

Weitere ständig aktualisierte Informationen zur Arbeit der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de

HIV-positiv

„Alle von HIV betroffenen Menschen haben Anspruch auf gleiche Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft und des Alltagslebens. Immer noch bestehende Diskriminierungen und Vorurteile müssen schnellstens und vollständig beseitigt werden“, hatte MdL Karola Stange anlässlich des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember gefordert. Die Thüringer Antidiskriminierungsstelle und der dafür verantwortliche Antidiskriminierungsbeauftragte sollten das ganze Jahr über eine kontinuierliche und öffentlich deutlicher wahrnehmbare Themen- und Öffentlichkeitsarbeit machen. So wünscht sich die Abgeordnete, dass endlich das Problem des Ausschlusses von der Blutspende gelöst wird. ■

Einzelhandel

Die Linksfraktion hat den Einzelhandelsbeschäftigten und der Gewerkschaft ver.di zum Tarifabschluss gratuliert. „Der erfolgreiche Streik zeigt: Nur wer für seine Rechte kämpft, kann auch etwas gewinnen“, sagte MdL Ina Leukefeld. „Die wichtigsten Ziele der Beschäftigten konnten durchgesetzt werden: Manteltarifvertrag, Lohnerhöhungen, bessere Ausbildungsvergütungen, auch wenn der avisierte Euro mehr pro Stunde letztlich nur 69 Cent sind. Die von Arbeitgeberseite angestrebten Verschlechterungen konnten erfolgreich verhindert werden. Zu begrüßen auch, dass die bisherige Ausgliederung der so genannten Einräumertätigkeiten in prekäre Werkverträge zurückgedrängt wird.“ ■

Pflegeeinrichtungen

Nach der Vorlage eines Entwurfs für ein Wohn- und Teilhabegesetz, sagte MdL Jörg Kubitzki, dass dieses Gesetz zu Heimen und Pflegeeinrichtungen längst überfällig ist. Der Gesetzentwurf berücksichtige zwar neue Wohnformen, hinterfrage jedoch nicht, wie diese Wohnformen in die Qualitätskontrollen einbezogen werden. „Enttäuscht bin ich, dass Einrichtungen und Wohnformen für Intensivpflegepatienten, die also Tag und Nacht der Betreuung bedürfen, offensichtlich wiederum nicht kontrolliert werden. Gerade diese Patienten brauchen eine Pflege mit hohen Qualitätsstandards. Hier ist Ministerin Taubert vor der Lobby dieser Leistungsanbieter wieder eingeknickt“, so der Abgeordnete ■